

## Fraktion DIE LINKE / GAL im Rat der Stadt Kamen

### Erklärung zum Stellenplan

Wie meine Vorredner schon erwähnt haben, tragen – durch den Abbau von 105 Stellen seit 1995 – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung durch ihre Mehrarbeit zu Einsparungen bei, die sich inzwischen auf fast 50 Millionen Euro summieren.

Bei einem gleichzeitigen Aufgabenzuwachs bei den Kommunen führte dieses – neben einer sicherlich sinnvollen Effektivierung in einigen Bereichen – zu einer erheblichen Verdichtung der Arbeit. Wir wissen, dass es bereits Überlastungsanzeigen gegeben hat. Vor diesem Hintergrund gilt der besondere Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Arbeit.

Aber wie lange das System „bürgernahe Verwaltung“ unter diesen Bedingungen allerdings noch funktionieren kann, ist fraglich.

Die Stadtverwaltung Kamen ist der größte Arbeitgeber in der Stadt. Und dieser größte Arbeitgeber kommt seiner Ausbildungsverpflichtung nicht nach.

439 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen lediglich 10 Azubis gegenüber. Das entspricht einer Ausbildungsquote von 2,3 %. Eine Schande!  
Im übrigen ersetzen JahrespraktikantInnen keine Ausbildungsplätze, sie ergänzen lediglich.

Bei den DAX-Unternehmen – die bekanntlich recht wenig ausbilden – beträgt die Ausbildungsquote 4,9 %. Und die SPD fordert – soweit uns bekannt ist – weiter eine Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die eine Ausbildungsquote von unter 7 % haben.

Klaus-Dieter Grosch hat schon im letzten Jahr darauf hingewiesen,

- dass die Gefahr arbeitslos zu werden, ohne abgeschlossene Lehre zehnmal höher ist als mit Berufsausbildung und
- dass nicht nur im Bereich der verwaltungsspezifischen Ausbildungsberufe eine Ausbildung bei der Stadt möglich gemacht werden könnte.

Gerade in einer Stadt, in der es an Ausbildungsplätzen fehlt, ist Berufsausbildung für Betriebe eine moralische Pflicht – und besonders für die Stadt Kamen.

Die Devise muss sein: Ausbildung im öffentlichen Dienst statt Finanzierung von Warteschleifen und Maßnahmen

Unser Fazit lautet daher: Wir müssen dem Stellenplan unsere Zustimmung verweigern.

Es gilt das gesprochene Wort.